

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Wir stimmen nun über die Ziffer 2 der Beschlußempfehlung ab. Der Ausschuß empfiehlt hierin, der Landesregierung für die Landeshaushaltsrechnung 1985 gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Artikel 86 der Landesverfassung Entlastung zu erteilen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Damit ist die Ziffer 2 der Beschlußempfehlung ebenfalls - mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. - angenommen.

Abschließend stimmen wir nun über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle Drucksache 10/4094 ab, dem Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen für die Rechnung 1985 Entlastung gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung zu erteilen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Das ist einstimmig so angenommen worden.

Ich rufe Punkt 3 unserer Tagesordnung auf:

Gesetz zur Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Nachtragshaushaltsgesetz 1989)

- (B) Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/4010
- Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/4102
- Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/4129
dritte Lesung

Meine Damen und Herren! Da seit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs am Mittwoch keine weitere Ausschußsitzung mehr stattgefunden hat, ist Grundlage der heutigen Beratungen in der dritten Lesung die Fassung des Gesetzentwurfs nach der zweiten Lesung entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 10/4129.

Die Fraktion der CDU hat mit Drucksache 10/4195 einen Änderungsantrag vorgelegt, den wir mit in die Beratung einbeziehen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

Schauerte *) (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in

dritter Lesung das 756-Millionen-Paket der Bundesstrukturhilfe für das Land Nordrhein-Westfalen. Ich darf der Klarheit halber - und damit es nicht in Vergessenheit gerät - noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Damit hat die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl das größte Entwicklungshilfeprogramm für das Land Nordrhein-Westfalen vorgelegt, das jemals auf den Weg gebracht worden ist. (C)

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist in seinem Volumen mehr als fünfmal so groß wie die Landesmittel, die im ZIM-Programm vorgesehen sind. Das macht die Dimension deutlich, um die es geht.

Die CDU hat für die Verwendung dieser Mittel ein klares, sehr frühzeitig entwickeltes Konzept vorgelegt, mit dem wir

- die Zukunft sichern und damit beschäftigungswirksam sein wollten,
- mit dem wir Grundstücke sanieren wollten,
- Entsorgung sichern wollten,
- und vor allem, und das halte ich für ganz wichtig, eine gerechte Verteilung auf alle Regionen unseres Landes sicherstellen wollten.

Leider hat die SPD-Mehrheit mit ihrer gewohnten Abstimmungsroutine alle unsere Anträge, die in der Tat eine Menge Sinn gemacht haben, abgelehnt, obwohl gerade heute - und das ist interessant, Herr Schleußer - eine Debatte im Bundestag in Bonn geführt wird, in der die SPD ein Investitionsprogramm unter Umweltschutzgesichtspunkten von der Bundesregierung fordert. Das, was die SPD in Bonn fordert, lehnen Sie hier, mit absoluter Mehrheit ausgestattet, konsequent ab. Sie sollten die Politik endlich einmal koordinieren! (D)

Wie falsch Sie die Dinge eingestielt haben und wie falsch es mittlerweile draußen im Lande angekommen ist, das ergibt sich auch aus einer interessanten Zuschrift der Stadt Gelsenkirchen vom 17. März 1989. Entweder haben Sie die falschen Signale in die Städte hineingegeben, oder Sie denken tatsächlich so.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Kniola?

(Schauerte (CDU): Ja!)

- Bitte schön, Herr Abg. Kniola.

- (A) Kniola (SPD): Herr Kollege Schauerte, wenn die CDU die Umweltschutzmaßnahmen für so bedeutungsvoll hält, warum hat sie dann alle Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der Hochschulen durch ihren Antrag abgelehnt?

Schauerte^{*)} (CDU): Wissen Sie: Wenn Sie Dachsanierung als Umweltschutzmaßnahme verstehen, dann haben wir die mit gutem Grund abgelehnt! Ansonsten haben wir in unseren Anträgen für die Hochschulbereiche 10 Millionen DM ohne diese Reparaturun-glaublichkeiten mehr angeboten, als Sie zu bewilligen bereit sind.

(Zuruf von der SPD: Die haben wir vorgesehen!)

Wir haben da überhaupt kein Problem, sondern wir überholen Sie noch um satte 20 %, Herr Kniola.

Ich wollte aber darauf zurückkommen, wie die Stadt Gelsenkirchen das verstanden hat. Die CDU-Fraktion der Stadt Gelsenkirchen schreibt unter dem 17. 3.:

Tatsächlich stellen die Strukturhilfemittel des Bundes eine zusätzliche Refinanzierungsmöglichkeit für die begünstigten Länder im Rahmen der bestehenden Förderprogramme der Fachressorts dar.

- (B) Also nichts Neues, so weitermachen wie bisher, allenfalls ein bißchen draufsatteln! So war das in Bonn nie gedacht. So darf es auch nicht Praxis werden, sondern es sollte eine wirkliche mit viel Intelligenz angelegte neue Initiative für die Fortentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen in seinen benachteiligten Regionen sein.

Das hat die Stadt Gelsenkirchen - sozialdemokratisch geführt - offensichtlich aufgrund von Vorgaben, die Wirtschafts- und Finanzminister in die Kommunen hineingetragen haben, bis heute nicht begriffen. Das ist ausgesprochen bedauerlich.

Statt unseren klugen Anträgen zu folgen, haben Sie ein Programm vorgelegt, an dem Sie festhalten wollen.

Dieses Programm verstößt - erstens - gegen das Gesetz. Es stopft - zweitens -, das haben wir ausgeführt, Haushaltslöcher des Landes. Es bedeutet - drittens -, und das halte ich für besonders wichtig, eine schamlose Begünstigung sozialdemokratischer Hochburgen im Lande Nordrhein-Westfalen sowie umgekehrt eine ungerechte Behandlung des übrigen Landes.

(C) Mit solchen einseitigen und einäugigen Politikentwicklungen sind wir nicht einverstanden, können wir auch gar nicht einverstanden sein. Es gibt im Lande Nordrhein-Westfalen keine Bürger zweiter Klasse. Wir werden auch auf Dauer und für die kommenden Wahlkämpfe herausarbeiten und bekämpfen, in welcher unglaublich einseitiger Weise Sie immer wieder Maßanzüge für Ihre sozialdemokratischen Mehrheiten ausgestatteten Hochburgen schneiden und das übrige Land vernachlässigen.

Ich komme zum zweiten Teil meiner Ausführungen und damit zu unserem Antrag! Wir haben den Antrag gestellt, die Nettokreditermächtigung für das Haushaltsjahr 1989 von 5,345 Milliarden DM auf 5,045 Milliarden DM - also um 300 Millionen DM - zu verringern.

Dieser Antrag hat seinen guten Grund. Ich will das noch einmal kurz vortragen:

In den Beratungen vom 16. März über diesen Antrag, also gestern, im Landtag hat der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen es abgelehnt, den Überschuß des Jahres 1988 zur Rückführung der Schulden aus dem Jahre 1988 zu verbuchen. Wir haben Ihnen gesagt, daß Sie damit gegen das Haushaltsrecht verstoßen.

(D) § 25 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung schreibt für solche Fälle vor, daß der Überschuß eines Jahres - und um einen solchen muß es sich ja zwangsläufig handeln - in den Haushaltsplan des nächsten Jahres als Einnahme einzustellen und damit gleichzeitig zur Schuldenverminderung zu verbuchen ist. Dies entspricht den haushaltsrechtlichen Geboten der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit, der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit.

Ich darf unsere Bedenken noch einmal kurz zusammenfassen, weil wir ja heute am Ende einer anstrengenden Woche angelangt sind. Der Landeshaushalt muß mit den denkbar knappsten Kreditermächtigungen gefahren werden, damit wirklich auch jede vermeidbare Ausgabe unterbleibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - von Schewick (CDU): Sehr gut!)

Folgen Sie unserem Antrag, und Sie können die Nettokreditermächtigungen um die 300 Millionen DM reduzieren, und Sie schieben all denen, die immer wieder träumen, sie könnten mit dem Ausgabeverhalten vergangener Jahre fortfahren, einen klaren,

(Schauerte (CDU))

(A) deutlichen Riegel vor. Das hätte große pädagogische Wirkung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Finanzminister Schleußer: Das müssen Sie denen da sagen!)

- Ja, wissen Sie, Ihre 8 Milliarden DM, Herr Schleußer, die würde ich wirklich gerne einmal sehen. So ein nebelhaftes Zahlengemischel muß auf den Prüfstand.

(van Schewick (CDU): Sehr gut!)

Legen Sie es einmal vor, dann zeigen wir Ihnen, was Sie damit angerichtet haben.

Eine Rücklage darf aus gesetzlichen Gründen nicht gebildet werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie darf nicht nur aus gesetzlichen Gründen nicht gebildet werden, sondern sie sollte auch nicht gebildet werden, weil Sie Ihre Glaubwürdigkeit verlieren, denn Sie brechen ein Versprechen, das Sie hier im Parlament am 10. Juni 1988 abgegeben haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - van Schewick (CDU): Sehr gut!)

Neue Schulden müssen vermieden werden. Wahlkampfkosmetik, wie von Ihnen beabsichtigt, machen wir nicht mit.

(B) (Beifall bei CDU und F.D.P. - Rohe (SPD): Nur in Bonn macht ihr das mit!)

Ich greife eine Bemerkung des Kollegen Wickel aus seinem Beitrag in der zweiten Lesung gerne noch einmal auf und komme damit zum Schluß:

(Frey (SPD): Davon lassen wir uns nicht beeindrucken!)

Wir werden nicht zulassen, daß Sie entgegen geltendem Haushaltsrecht des Landes eine Wahlkampfriegskasse bilden, mit der Sie dann im Wahlkampfjahr 1990 über Land ziehen wollen. Bei diesem Versuch werden wir Sie stellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Rohe (SPD): Der haut wieder auf den Putz.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abg. Schumacher. Ich erteile ihm das Wort.

Schumacher*) (Remscheid) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr

Schauerte, als ich heute morgen Ihren Änderungsantrag im Fach vorfand, war ich etwas erstaunt; denn wir haben gestern in der Debatte über den Nachtragshaushaltsplan 1988 ausdrücklich festgestellt, daß Ihre Behauptung, daß mit dieser Rücklage Gesetze nicht eingehalten werden und daß das Vorhaben rechtswidrig ist, durch den Finanzminister eindeutig widerlegt werden konnte.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Der zweite Aspekt ist politischer Natur: Herr Schauerte, wir werden uns nicht hindern lassen, Vorsorge zu treffen, um mit den Steuergesetzesänderungen, die uns 1990 mit geballter Kraft treffen werden, leben zu können. Oder möchten Sie, wenn wir 1990 aufgrund der Steuermindereinnahmen, die ja unzweifelhaft sind, die Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes nicht einhalten können, daß wir dann mit dem Finger nach Bonn zeigen und sagen: der Bund zwingt uns dazu, einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen? Wir betreiben hier schon wohl bedachte Vorsorge.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abg. Schumacher, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg zu?

(Schumacher (Remscheid) (SPD): Bitte schön!)

- Bitte schön, Herr Dautzenberg!

Dautzenberg (CDU): Herr Kollege Schumacher, in den letzten Jahren ist von seiten der Finanzminister immer gesagt worden, wir hätten aufgrund der Steuerreform die und die Steuerausfälle. Können Sie deshalb erklären, warum nicht schon in der Vergangenheit diese Rücklagen gebildet worden sind, und können Sie mir erläutern, wie diese Rücklage technisch tatsächlich gebildet wird? Wo ist das Geld?

Schumacher*) (Remscheid) (SPD): Ich will nicht wiederholen, was Herr Minister Posser im Haushalts- und Finanzausschuß immer getan hat, nämlich zu versuchen, haushaltsrechtliche Nachhilfe zu erteilen. Das ist zwar ein liebenswürdiger Zug, aber ich fühle mich dazu nicht berufen.

Außerdem enthält Ihre Frage einen Widerspruch; denn die Steuerausfälle, mit denen wir in der Vergangenheit haben leben müssen, wurden durch die konjunkturelle Entwicklung gedeckt. Die Mehreinnahmen gegenüber den Haushaltsansätzen, nicht die gegenüber der mehrjährigen Finanzplanung, haben in der Tat dazu geführt, daß wir,

(C)

(D)

(Schumacher (Remscheid) (SPD))

- (A) wenn Sie so wollen, auch aus der Nettokreditaufnahme im Gesamtkonzept des Haushalts diese 300 Millionen DM auf Seite legen können.

Ich muß noch auf eines eingehen, was Herr Schauerte gesagt hat. Ich will mich nicht mit Ihnen über Einzelmaßnahmen im Hochschulbereich streiten, aber es ist doch wohl unbestritten, daß Ihre Anträge, die mit 56 Millionen DM für den Hochschulbereich abschließen, nicht mehr beinhalten als die 68 Millionen DM, die wir gemeinsam mit der Landesregierung vorgesehen haben.

Meine Damen und Herren, durch den vorliegenden Nachtragshaushaltsplan nimmt die Zuwachsrate des Haushalts 1989 gegenüber dem Landeshaushalt 1988 insgesamt um 4,6 % zu. Der Nachtrag selber bewirkt eine Steigerung des Gesamthaushaltsvolumens von 1,2 %. Das bedeutet: 656 Millionen DM Mehreinnahmen durch die Finanzhilfen des Bundes über das Strukturhilfegesetz und 756 Millionen DM Mehrausgaben für Aufgaben des Umweltschutzes, der Wirtschaftsförderung, der Stadtsanierung, der Förderung von Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt auch der beruflichen Qualifizierung von Arbeitnehmern. Mit anderen Worten: Jeder Pfennig der zusätzlichen Einnahmen wird in vollem Umfang für sinnvolle und zielgerechte Ausgaben im Bereich der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes ausgegeben. Wenn Sie durch Ihre Anträge und Ihre Begründungen einen anderen Eindruck erwecken wollen, dann gehen Sie an der Wirklichkeit vorbei. Das Gegenteil haben Sie auch nicht erklären können.

(B)

Darüber hinaus sind die Ausgabenbereiche so ausgewählt, daß zusätzliche private und öffentliche Investitionen angeregt, daß arbeitsmarktpolitisch wünschenswerte Beschäftigungseffekte bewirkt und daß darüber hinaus die Gemeinden zugleich hinsichtlich ihrer Investitionsvorhaben finanziell entlastet und volumenmäßig gestärkt werden. Es ist schon bei der ersten und zweiten Lesung von dieser Stelle aus vorgerechnet und betont worden, daß unsere Kommunen mit rund 60 % den überwiegenden Anteil der Strukturhilfemittel vereinnahmen und damit investieren können.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wer wie ich in einem Kommunalparlament arbeitet, weiß, welche Anstöße zum Beispiel die Kanalsanierungsmaßnahmen und im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt auch der Ausbau und die Erweiterung der Entwässerungsmöglichkeiten in die Kommunen

geben. Hier wirkt sich der prozentual eher geringe Anreiz der Förderung für Entwässerungsvorhaben so aus, daß eine fast hektisch zu bezeichnende Aktivität bei den Tiefbauämtern eintritt. In der Tat dient das der ökologischen Verbesserung und Erneuerung, was Sie mehrfach als unzureichend im Nachtrag angemahnt haben. Im übrigen ist der Anreiz einer 90%igen Förderung für sinnvolle Vorhaben für alle Beteiligten Stimulans für aktives Handeln.

(C)

Es ist interessant, daß die im Vorfeld der Beratungen von der Opposition immer wieder aufgestellte Behauptung, die Gemeinden müßten durch die Strukturhilfe stärker begünstigt werden, nicht mehr erhoben wird. Ich jedenfalls habe diese Behauptung, die Sie noch vor einigen Wochen immer wieder aufgestellt haben, nicht mehr gehört. Inzwischen ist es sogar bei den CDU-Politikern in den Gemeinden angekommen, daß der Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat auf eine pauschalierte Unterstützung für gemeindliche Investitionen von den von CDU und F.D.P. regierten Bundesländern abgelehnt wurde. Ich meine aber auch, die Opposition hätte schon wegen des Zahlenwerks genügend Grund, davon abzusehen, von diesen 756 Millionen DM Strukturhilfe als ein besonderes Geschenk der Bundesregierung an das Land Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Ähnliches hat Herr Schauerte hier wieder darzustellen versucht.

Daß Nordrhein-Westfalen mit 45,35 DM pro Einwohner nur den zweitniedrigsten Betrag aller Flächenländer bekommt, läßt sich anhand von objektiven Kriterien weder nachvollziehen - von Ihnen hat auch niemand dieses Rechenwerk aufgemacht, so daß ich es nachvollziehen könnte - noch läßt sich daraus ableiten, daß der Bundeskanzler oder der Landesvorsitzende der CDU unser Land Nordrhein-Westfalen mit besonderer Herzlichkeit oder auch nur Gerechtigkeit behandeln wollte.

(D)

(Zuruf der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Damit wir uns nicht mißverstehen: Die 756 Millionen DM pro Jahr sind eine wirksame Hilfe. Wir werden uns anstrengen - und wir strengen uns an -, das Beste daraus zu machen.

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Hoffentlich!)

Die Sieben-Länder-Initiative, angeführt von Herrn Ministerpräsident Albrecht, hätte unseren Gemeinden eine Entlastung von ca.

(Schumacher (Remscheid) (SPD))

- (A) 1,7 Milliarden DM p. a. gebracht. Dadurch wären die Verwaltungshaushalte der Kommunen wesentlich entlastet worden, vor allem dort, wo die größten strukturellen Defizite bestehen. Die Investitionsmöglichkeiten der Gemeinden wären direkt gestärkt worden und damit die gemeindliche Selbstverwaltung.

(Zustimmung bei der SPD)

Das wollte ich als Kommunalpolitiker hier auch einmal dazu sagen.

Selbst der Vorschlag des Bundesfinanzministers im Juli 1988 sah für das Land Nordrhein-Westfalen noch eine Zuweisung von 870 Millionen DM vor. Es bleibt einfach festzuhalten, meine Damen und Herren - und das muß auch heute in der dritten Lesung noch einmal gesagt werden -: Die CDU-Zirkel, die danach verhandelt und gemauschelt haben, haben zielsicher das CSU-Land und Noch-CDU-Länder bessergestellt und Nordrhein-Westfalen schlechtergestellt.

Bei solchen und anderen den Menschen in unserem Land nicht vermittelbaren Ergebnissen der Bundespolitik habe ich persönlich großes Verständnis dafür, daß der Bundesminister Norbert Blüm so sehr zaudert bekanntzugeben, ob er der nächste Wahlverlierer in Nordrhein-Westfalen sein möchte.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- (B) Aber wie sagt sinngemäß der Oppositionsführer im Landtag, Dr. Bernhard Worms, immer wieder: Bitte nur nicht immer auf Bonn schimpfen, sondern die eigenen Aufgaben selber lösen. Dafür hat die CDU durch Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan - und damit erkenne ich das ja etwas an - Vorschläge gemacht. Ich würde sagen: in der Mehrzahl sehr zweifelhafte Vorschläge. Einen Vorschlag muß ich hier noch einmal besonders ansprechen. Im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen haben alle Mitglieder - -

(Zuruf von der CDU: Wieder die alte Leier!)

- Ja, gut. Auch Sie werfen uns ja vermeintliche Fehler immer wieder vor.

Im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen haben alle Mitglieder verständnislos den Kopf geschüttelt bzw., soweit es die Opposition angeht, verschämt ins Leere geblickt, als bekannt wurde, daß die CDU im Verkehrsausschuß beantragt hatte, die gesamten zusätzlichen Mittel des Nachtragshaushaltsplans für den Städtebau aus der

Titelgruppe 61 in den Verkehrsbereich umzuschichten. Es ist die Opposition, die in besonderer Weise behauptet, daß in diesem Land und insbesondere im Ruhrgebiet nicht genügend Industrieflächen zur Verfügung ständen. Wenn man dann notwendige und sinnvolle Verstärkungen der Mittel für den Grundstücksfonds auf andere Aufgaben umschichtet, dann bleibt mir die innere Logik unerfindlich. Es gibt kaum einen Bereich, wo sich die Chancen, aber auch die Notwendigkeiten der ökonomischen und ökologischen Erneuerung so gebündelt als Aufgabe darstellen wie im Bereich des Erwerbs und der Nutzbarmachung industrieller Brachflächen.

Meine Damen und Herren, der Standort Nordrhein-Westfalen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft fordert auch, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze als Primat zu betreiben. Diese Strukturhilfe wird uns dabei helfen. Ich sage: Sie wird uns dabei helfen, weil wir ihre Verwendung nahtlos in unsere landespolitischen Prioritäten eingefügt haben. Diese bedeuten zum Beispiel, die Natur zu erhalten und zu reaktivieren, die Abfallwirtschaft zu beherrschen, Luft, Boden und Wasser zu entgiften, statt sie weiter zu vergiften.

(Zuruf von der CDU: Da sind wir uns einig!)

Sie bedeuten, die Wirtschaft im Produktion- und Dienstleistungsbereich zu modernisieren und auszubauen, Monostrukturen zu überwinden und die Vielfalt menschlicher Kreativität und wirtschaftlicher Betätigungsmöglichkeiten zu optimieren. Dazu bedarf es des Erhalts eines reichhaltigen Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebots. Insbesondere muß der Weg zwischen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und wirtschaftlicher und industrieller Umsetzung optimiert werden. Dazu gehört aber selbstverständlich nicht nur Technikgläubigkeit, sondern auch die Prüfung des technisch Machbaren mit der Humanverträglichkeit.

Als Mitglied des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen füge ich hinzu: Nur in Städten und Gemeinden, die dem Bürger das Erlebnis der Urbanität, der städtebaulichen Qualität, des menschengerechten Wohnumfelds und des familiengerechten Wohnens bieten, wird sich heute und in Zukunft der Standort für Wirtschaftstätigkeit, für Wirtschaftshandeln stärken und ausbauen lassen.

Gewerbeflächen, die keine industriell geprägten Wüstenlandschaften sind, Erholungs- und Freizeitlandschaften, die nicht durch

(Schumacher (Remscheid) (SPD))

- (A) Aktivitäten der Vergnügungsindustrie, sondern durch Naturlandschaft und Naturerlebnis geprägt sind, sind Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort in Nordrhein-Westfalen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Schumacher (Remscheid) (SPD): Ich komme gern zum Schluß; denn auch ich möchte ins Wochenende,

(Heiterkeit)

nicht zum Vergnügen, sondern weil ich da noch arbeiten muß.

Lassen Sie mich damit schließen, verehrte Frau Präsidentin, daß ich sage: Es wäre auch für die Opposition hier in diesem Land eigentlich gut, wenn sie diesem Nachtrags Haushaltsplan, der die Umsetzung des Strukturhilfegesetzes, von dem Sie, Kolleginnen und Kollegen der Opposition ja sagen, daß es ein Verdienst der Bundesregierung ist, darstellt, zustimmen könnten, wenn sie sich hier nicht abkoppeln, sondern sagen würden: Da haben wir Geld bekommen, und damit machen wir etwas Vernünftiges zum Wohl dieses Landes.

(Zuruf der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

- (B) Es würde Ihre Akzeptanz draußen im Lande erhöhen, genauso wie es die Akzeptanz dieses Landtages erhöhen würde.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten unser Verhalten ein bißchen mehr auf Gemeinsamkeit lenken und uns nicht darauf einrichten - in diesem Punkte bin ich anderer Meinung als Herr Dr. Rohde -, daß wir es in Zukunft mit fünf Fraktionen im Landtag zu tun haben. Vielmehr sollten wir die gemeinsame Kraft der Demokraten darauf richten, das zu vermeiden. Und deshalb habe ich, Herr Dr. Worms, auch ein Interesse daran, daß die CDU sich hier gut darstellt; denn ich sage Ihnen ehrlich: Zehn Abgeordnete der CDU weniger wären mir dann ein zu hoher Preis, auch für landespolitische Erfolge und Selbstdarstellung der SPD, wenn dafür zehn Republikaner hier wären.

(Zuruf von der CDU: Oder Grüne!)

Das zu vermeiden bedarf es in der Tat der sachlichen Auseinandersetzung zwischen uns und denen, die gerne in dieses Parlament wollen, die wir aber nicht hier haben wollen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Im Hinblick darauf sollten wir bei dieser Auseinandersetzung während dieser Legislaturperiode in fairer Weise miteinander umgehen und dieses Ziel zu erreichen versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht Frau Abg. Witteler-Koch.

Frau Witteler-Koch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, Herrn Schumacher zuzuhören. Und wenn Sie von Zuhören sprechen, Herr Schumacher, sind wir uns sicherlich einig, daß es beim Zuhören auch wieder große Unterschiede geben kann, daß es aktives Zuhören gibt, ein Zuhören mit Verstand. Ich weiß nicht, ob das Zuhören, welches Sie eben ansprachen, immer das aktive Zuhören war; denn sonst hätten Sie sich den Aspekten, die wir während der zweiten Lesung des Haushalts hier vorgebracht haben, nicht so verschließen können, hätten Sie nicht so auf dieser Linie bleiben können, wie Sie sie angesprochen haben.

Es wird meines Erachtens in dieser parlamentarischen Auseinandersetzung immer deutlicher und klarer, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen dabei sind, eine große Chance zu vertun.

(Rohe (SPD): Das meint ihr!)

Diese Chance besteht darin, etwas besser mit diesen Mitteln aus dem Strukturhilfefonds umzugehen, als Sie das, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, vorhaben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Strukturhilfegesetz ist für unsere Fraktion jedenfalls die Chance für Nordrhein-Westfalen insgesamt, die Aktivitäten, den Strukturwandel im Lande Nordrhein-Westfalen zu forcieren und generell Verbesserungen zu schaffen. Wir müssen sicherlich alle dafür sorgen, daß wir die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne tragen. Wir sind der Ansicht - im Gegensatz zu Ihnen, Herr Schumacher; mit dem Zuhören ist das wohl doch so eine Sache -, daß das Volumen dieser Strukturhilfe tatsächlich alles in den Schatten stellt, was wir bisher hatten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte Sie an Ihren eigenen Maßnahmen messen und Sie an Ihre Aktivitäten, beispielsweise das ZIM-Programm, erinnern.

(C)

(D)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Wenn ich mir überlege und Revue passieren lasse, Welch einen Tanz Sie veranstalten, angefangen beim ersten Spatenstich zu unterschiedlichen ZIM-Projekten - und dabei geht es jährlich um 520 Millionen DM -, dann frage ich mich doch: Wie gehen Sie mit den 756 Millionen DM um, die wir jetzt vom Bund bekommen, und zwar für die nächsten Jahre?

(Schultz (SPD): Genauso!)

- Genauso natürlich, aber wie? Denken Sie doch einmal über Ihre Prioritäten nach! Darüber ist zu reden. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Chance, die wir haben, nutzen wir nicht.

(Minister Matthiesen: Man muß über das Gute reden!)

- Sicher, man soll immer über das Gute reden, wenn man Gutes tut, Herr Minister, aber Sie haben da ja auch einige Schwachstellen, wie wir im Laufe dieser drei Plenartage feststellen konnten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Vielleicht unterhalten wir uns noch einmal darüber, und Sie gehen in sich bei den Aktivitäten, die Sie zu betreuen haben. Flexibilität zeigen Sie doch nicht, denn sonst hätten Sie unserem Antrag "Gütesiegel" zugestimmt.

(Zurufe von der SPD)

(B)

Wenn ich daran denke, wie die Haushaltsberatungen in diesem Plenum ablaufen, dann stimmt es mich doch sehr bedenklich. Auch wenn wir uns die Mühe machen, Ihnen zu erklären - weil es vielleicht mit dem einfachen Zuhören nicht klappt -, wie Haushaltsmittel umzuschichten sind, kommen wir - die Oppositionsfaktionen insgesamt - immer wieder zu einem Schluß, daß alles von vornherein festgelegt ist, daß nichts mehr verändert werden kann und gute Aktivitäten seitens der Opposition überhaupt nicht aufgenommen werden.

(Trinius (SPD): Das ist überhaupt nicht richtig!)

Nun gut. Im Haushalt sind einige Punkte festgelegt, wie zum einen die Personalausgaben und zum anderen der immer weiter anwachsende Schuldendienst. Kommen wir also zu dem Punkt: 756 Millionen DM sind wirklich eine Chance, etwas zu verbessern. Wenn der frühere Finanzminister Posser von einer Erdrosselung des Haushalts spricht oder von einer lähmenden Verengung unserer

politischen Entscheidungsspielräume, dann kann ich das schon verstehen. Deshalb haben wir hier ein Superangebot, mit 756 Millionen DM für unser Land neue Impulse zu setzen, die Wirtschaftskraft zu verbessern und dieses Geld zu einem Motor der wirtschaftlichen Entwicklung zu machen. Man kann es nicht oft genug sagen: Wir hätten heute hier eine Chance, uns bei der dritten Lesung gut und besser zu überlegen, wie wir wirklich mit den Mitteln umgehen. Aber es ist ja leider von Ihrer Seite wieder alles festgeblickt. (C)

756 Millionen DM - das müssen Sie sich vorstellen - für 1989, für 1990, für 1991, also über zweieinviertel Milliarden! Das ist eine Summe mit einer wirklich einmaligen Chance für dieses Land. Aber wenn Sie sich einmal die Einnahmeentwicklung in diesem Lande ansehen, und dies ganz konkret zu Beginn dieses Jahres, dann kann man feststellen, Herr Finanzminister, daß wir allein im Februar ein Steuerplus beim Landesanteil von 19,4 % verzeichnen können.

Wenn wir diese Entwicklung betrachten - und ich nehme an, daß auch Sie sie sehen -, dann müssen wir uns spüten, daß wir die Strukturhilfemittel wirklich optimal nutzen, weil bei diesem Steueraufkommen fraglich ist, ob wir die weiteren Mittel in der Form in Zukunft bekommen werden. Sie wissen genau - sogar wie wir, daß eine Überprüfung der Mittel zum 01.01.1992 und zum 01.01.1995 geplant ist. Das heißt für uns ganz konkret: Wir müssen eine Veränderung der Situation bis zum 1. Januar 1992 geschafft haben. Bis dahin muß der Durchbruch einfach spürbar sein, bis dahin muß sich etwas bewegt haben. Mit den Aktivitäten aber, meine Damen und Herren von der SPD-Mehrheitsfraktion, die Sie planen, ist das in der Form sicherlich nicht machbar. (D)

Es ist wirklich - um das zu bewerten - beschämend, wenn man sich überlegt, wie Ihr Nachtragshaushalt aussieht.

Vom Nachtragshaushalt und den darin enthaltenen Projekten sollten eigentlich Impulse ausgehen, mit Stärkung der Wirtschaftskraft; darüber sind wir uns sicherlich einig. Nur, wenn ich mir überlege, welche Maßnahmen Sie im einzelnen hier ansprechen - ich will nicht wieder auf den Fensterbau und die Erneuerungen im Fensterbaubereich eingehen, aber es ist schon lächerlich, was sich da tut.

Wir haben uns als Fraktion seinerzeit sehr intensiv für die Albrecht-Initiative eingesetzt. Sie wissen das; wir haben das auch hier im Landtag sehr dezidiert vorgetragen. Bei der

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

- (A) Albrecht-Initiative ging es im Detail um eine Entlastung der Kommunen.

Herr Schumacher, wenn Sie so von den Gemeinden sprechen - Sie sind Kommunalpolitiker, sagen Sie. Ich war das bis zu meinem Einzug in den Landtag ebenfalls - ich bin der Auffassung, daß man auch andere da heranlassen sollte -, aber ich stehe der Kommunalpolitik immer noch sehr nahe, und ich muß Ihnen sagen: Was Sie da mit den Gemeinden machen, Herr Schumacher, schreit wirklich zum Himmel! Die Gemeinden werden gegängelt; es gibt überhaupt keine freie Entscheidungsmöglichkeit. Überlegen Sie sich, wie Sie mit den Mitteln umgehen!

Niedersachsen beispielsweise hatte rechtzeitig geplant, hat die Gemeinden in das einbezogen, was hier an Aktivitäten machbar ist, hat rechtzeitig den Gemeinden mitgeteilt: "Bitte, entscheidet für euch, was wichtig ist, gebt uns das herein!" Niedersachsen hat das geschafft. Warum konnte Nordrhein-Westfalen das nicht? Nordrhein-Westfalen wußte rechtzeitig, was Sache ist und wann die Daten im einzelnen vorzulegen sind.

Nun gut, Sie haben im Bundesrat Anträge eingebracht. Da haben Sie die traurige Erfahrung machen müssen, die wir hier - mit guten, konkreten Anträgen - tagtäglich machen. Sie sind dort abgewiesen worden. Nun gut!

- (B) (Schumacher (Remscheid) (SPD):
Schlecht, nicht gut!)

Bei uns sieht es so aus, daß Anträge, die wir stellen, generell niedergeschmettert werden; ich muß sagen: immer wiederkehrende Arroganz der Macht. Aber, wie Sie im Bundesrat damit rechnen mußten, hätten Sie Maßnahmen ergreifen können, um hier die Gemeinden entsprechend einzubeziehen, und am 22. Dezember 1988 die Devise ausgeben müssen: Gebt uns konkrete Informationen, legt die Förderbereiche fest, damit wir insgesamt die Auffassungen der Gemeinden einbeziehen können!

Meine Damen und Herren! Niedersachsen hat uns etwas vorgemacht. Wir hätten eine Chance gehabt. Wir haben sie vertan. Nun fällt uns Parlamentariern die Aufgabe zu, Entscheidungen über Investitionsschwerpunkte zu treffen. Diese sind von Ihnen einseitig getroffen worden. Die Mikat-Empfehlungen sind so gut wie überhaupt nicht einbezogen worden. Da frage ich mich doch, warum wir hier gemeinschaftlich eine solche Kommission einsetzen, wenn Sie nachher nicht bereit sind, die Ergebnisse dieser Aktivitäten umzusetzen.

Ich finde es auch sehr, sehr traurig, wenn beispielsweise unter dem Aspekt der Chancengleichheit - - Wir sind uns alle einig: Es muß im Ruhrgebiet etwas getan werden. Aber nicht nur im Ruhrgebiet! Auch die anderen Regionen haben einen Anspruch auf Hilfe, auf Chancengleichheit!

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch traurig und stimmt auch nachdenklich, meine Damen und Herren, wenn Sie so mit unseren Anträgen auch zur Chancengleichheit verfahren, während Ihr Regierungspräsident aus Gründen der Wahlkampf-taktik in den Regionen Regionalkonferenzen veranstaltet mit genau dem Inhalt, den wir Ihnen hier immer wieder vorlegen, indem wir sagen: Chancengleichheit, mit den und den Aspekten, und so weiter.

Wissen Sie, Herr Schumacher, wenn ich mir dann Ihre Haltung zu den Kommunen und zur kommunalen Selbstverwaltung ansehe - eine Sonntagsrede hätte nicht besser sein können; aber es mag an Ostern liegen, was ja nun naht. Deshalb kann man eigentlich nur noch tief durchatmen und sagen: Okay, es ist nun einmal so; die Mehrheit macht was sie will, auch mit diesem dicken Batzen Geld, mit dieser dicken Chance, die wir hätten. Leider, leider werden die Gemeinden nicht in der Form davon profitieren, wie wir uns das vorstellen.

Meine Damen und Herren! Die F.D.P. hat versucht, wenigstens einige Mängel des Verfahrens auszugleichen. Wir haben im Landtag eine Eil-Kommission gefordert. Wir haben gesagt, die Empfehlungen der Mikat-Kommission müssen in den Nachtragshaushalt einbezogen werden. Aber schon im Wirtschaftsausschuß, in der Sitzung vor Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse, als wir nur vom Verfahren her darauf hingewiesen haben: "Bitte nehmt doch diese Empfehlungen mit auf!" - nein, da wurde abgeblockt: "Wie können wir so etwas wissen?" Aber der Ministerpräsident war dann in der Lage, von heute auf morgen eine Regierungserklärung zu dem Mikat-Gutachten abzugeben!

(Apostel (SPD): Der Ministerpräsident ist fleißig!)

Ich frage mich, wie da das eine mit dem anderen zusammenhängt, und muß sagen: Es ist doch ein sehr, sehr merkwürdiges Verfahren. - Wenn der Ministerpräsident so fleißig sein kann, müßte diese Ministerialbürokratie auch in der Lage sein, ganz schnell und ad hoc die Empfehlungen um-

(C)

(D)

(Frau Witteler-Koch (F.D.P.))

(A) zusetzen, die diese Mikat-Kommission gegeben hat!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Empfehlungen hätten noch in diesen Nachtragshaushalt einfließen können, meine Damen und Herren. So geht es nicht, wie Sie mit den Mitteln umgehen. Ich bin der Ansicht: Man kann den Gemeinden nicht genug vor Augen führen, welche Chancen mit dieser alles überschwemmenden Maßnahme seitens des Landes an ihnen vorübergehen.

Wir handeln ja im Grunde genommen auch noch auf sehr wackeligem Boden. Wenn Sie sich überlegen, daß in Karlsruhe Klagen laufen und wir hier mit Maßnahmen kommen, die rechtlich gar nicht so fundiert sind, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir mit unseren Aktivitäten noch die Begründung dafür liefern und damit die Klage in Karlsruhe untermauern.

(Lachen bei der SPD - Trinius (SPD):
Das darf ja nicht wahr sein!)

Also, meine Damen und Herren, gehen Sie da ruhig einmal in sich! Ich weiß, daß Sie Ihre Entscheidungen in Ihren Arbeitskreisen letztendlich schon getroffen haben. Aber wir sind uns darüber im klaren, daß bei der Prüfung der Anträge der Landesregierung bei der Bundesregierung viele Aktivitäten sehr schnell durch das erste grobe Raster fallen werden. Sie sind sich ja auch darüber im klaren. Sie haben deshalb ja auch eine "Angstklause" eingebaut.

(Dautzenberg (CDU): § 6!)

Der Landtag muß dann irgendwann nachentscheiden, was noch nachgemeldet werden soll. Wenn man das alles Revue passieren läßt - es ist wieder ein herrliches Lehrstück für Parlamentarismus in diesem Lande. Wir haben ja viele Beispiele in diesen drei Plenartagen gehabt.

(Rohe (SPD): Ihr führt uns das in Bonn vor!)

Es ist so wahnsinnig traurig, wenn man sich überlegt, welche Mittel wir zur Verfügung haben und wie Sie mit dieser Chance für dieses Land umgehen!

Meine Damen und Herren, ich frage mich, warum wir überhaupt noch über den Bedeutungsverlust der Länderparlamente nachdenken, wenn wir nicht in der Lage und bereit sind, die Empfehlungen der von uns allen eingesetzten Mikat-Kommission zusetzen.

Ich habe das Gefühl, daß wir hier im Grunde nichts anderes machen, als zuzusehen, (C)

(Apostel (SPD): Gefühle sind trügerisch.)

wie die Mehrheit ihre Budgetrechte an der Garderobe der Landesregierung abgibt.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Dies können wir als Opposition nicht zulassen! Ich bin fast geneigt zu sagen: Ihr Verhalten grenzt an Schizophrenie, meine Damen und Herren.

Aber auch eine Anmerkung zu den Anträgen der CDU! Sie sind unseres Erachtens nicht ganz schlüssig. Sie haben sicherlich etwas heilend gewirkt, indem Sie den heutigen Antrag vorgelegt haben. Sie sprechen hier von Dorferneuerung, von Stadterneuerung; darüber kann man sich sicherlich streiten. Aber den Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, können wir nur unterstützen. Daß die Rücklagen zu einer Tilgung der Schulden verwendet werden, muß natürlich vorrangiges Ziel sein. Deswegen werden wir diesem Antrag der CDU sicherlich zustimmen.

Ich möchte es noch einmal wiederholen, weil es uns sehr wichtig ist: Das Ruhrgebiet braucht natürlich mehr Geld. Aber vergessen Sie bitte nicht die anderen Regionen. Es kam gerade das Gespräch auf das Thema Wahlkampf und Ergebnisse. Herr Schumacher, Ihre Rede war nicht gerade dazu angetan, Leute zu motivieren, überhaupt zur Wahl zu gehen. Deshalb, so meine ich, liegt es auch an Ihnen, eine gewisse Aufbruchstimmung immer wieder zu signalisieren. Wenn die Mittel dafür da sind, dann kann man diese Chance auch nutzen.

Meine Damen und Herren, wir können diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Die Gründe dafür haben wir sicher ausführlich dargelegt. Wir halten die von Ihnen eingebrachten Änderungen für eine Flickschusterei. Wir lehnen diesen Nachtragshaushalt entschieden ab. Bitte überdenken Sie Ihre Situation. Sie gehen meines Erachtens mit dem Geld unverantwortlich um, verplempern das Geld, was wir haben. Bei der Entwicklung der Einnahmen, die dieses Land hat - wir können das anhand der Einnahmen bis Februar sehen, wie ich eben bereits sagte -, werden wir nicht damit rechnen können, daß wir 1990/91 weiter in dem Umfang beteiligt werden. Eine Chance wird vertan.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D)

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Witteler-Koch, ich bin damit einverstanden, Chancen zu nutzen und den Strukturwandel nach vorne zu bringen. Ich sage Ihnen: Wie man Prioritäten setzt, darüber kann man streiten. Demjenigen aber, der die Dinge ein wenig anders sieht, zu unterstellen, er wolle nicht die Chancen nutzen, er wolle den Strukturwandel nicht nach vorne treiben, ist eine Aussage, die so nicht fallen darf.

(Zuruf der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Sie sprechen Mikat an. Ich muß davon ausgehen, daß Sie den Bericht nicht oder nur sehr flüchtig gelesen haben. In allen Positionen dieses Nachtrags finden Sie Mikat wieder. Gleichgültig, ob Sie im Bereich der Hochschulen, im Bereich des Arbeitsministers oder im Bereich des Wirtschaftsministers nachsehen: Stück für Stück finden Sie Politik wieder, die nachdrücklich von der Mikat-Kommission unterstützt worden ist.

Sie sprechen davon, daß die Gemeinden gegängelt würden. Wenn Sie da einmal nachsehen und die Portionen aufteilen und richtig zuteilen, stellen Sie fest, daß über 70 % des gesamten Volumens in die Gemeinden gehen und für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Das geschieht mit einem Prozeß der Beteiligung der Gemeinden, der Beteiligung aller am Wirtschaften Interessierten in den Gemeinden. Ich finde, daß das eine positive Entwicklung ist und ein positives Signal, weil wir das eben schon bei der Zukunftsinitiative Montanregionen erlebt haben.

- (B) Sie sagen, es gäbe Risiken. Sie haben dabei auf Überprüfungsstermine hingewiesen, wofür ich dankbar bin. Andere ignorieren ja solche Überprüfungsstermine. Wir haben davor gewarnt. Sie sagen, es gebe möglicherweise auch eine Verfassungsklage. Diese Verfassungsklage, Frau Kollegin, hat nach meinem Dafürhalten reale Chancen zu obliegen. Dies aber nicht, weil hier im Nachtragshaushalt von Nordrhein-Westfalen bestimmte Anträge und bestimmte Projekte genannt werden, sondern deshalb, weil das System dieses Strukturhilfegesetzes bewußt aus parteipolitischen Gründen so angelegt worden ist, wie es sich jetzt darstellt. Da liegen die Risiken.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Muß ich Ihnen die Aussagen von Herrn Späth und Herrn Wallmann im Bundesrat zitieren? Bei diesen Aussagen werden die Risiken deutlich. Meine Stellungnahme im Bundesrat und die unseres Landes war: Verzichtet auf diesen Weg, geht jenen, weil er damit verfassungssicherer wird. Wir haben auch dafür keine Mehrheit gefunden. Wir haben nicht nur dafür keine Mehrheit gefunden, den Gemeinden pauschal Investitionsmittel zuleiten zu können, sondern auch für die Sicherung der verfassungsgemäßen Gestaltung. Ich finde, das stimmt traurig, wenn man das sieht.

Herr Kollege Schauerte, nun zu Ihrer permanenten Wiederholung, was dieses Programm angeht: fünfmal so groß wie ZIM. Das ist genau das, was ich Ihnen vorwerfe, weil Sie so ungenau mit Zahlen umgehen. Fünfmal so groß wie ZIM, dann müßten es 10 Milliarden DM sein. Flugs sind also zweieinhalb Milliarden DM hinzugerechnet worden. Damit muß man es ja nicht so genau nehmen.

Nun zu den Gesetzesvorstößen und was sonst als wiederkehrende Latte erscheint: Was die rechtliche Überprüfung angeht, frage ich Sie, wenn es Gesetzesverstöße sind, warum Sie dann hierüber ausschließlich lamentieren. Suchen Sie doch die Möglichkeit, die Gesetzesverstöße zu überprüfen. Dafür gibt es Möglichkeiten. Solange Sie diesen Weg nicht gehen und solange Sie ihn nicht gehen wollen, muß ich sagen, daß das nur dahingesagt wird ohne ernsthaften Hintergrund.

(Beifall bei der SPD)

- (D)

Nun zu etwas, was gewichtiger ist, Herr Kollege Schauerte: Sie reden permanent davon, es gebe eine schamlose Benachteiligung anderer Regionen, es gebe Bürger zweiter Klasse, und das übrige Land werde benachteiligt. Das läuft ja bei Ihnen in Form einer Schallplatte ab. Ich glaube, man müßte bereit sein - ich werde überlegen, ob es nicht sinnvoll ist -, nicht nur die Mittel der Strukturhilfe gesondert auszuweisen, sondern auch zu dokumentieren, lieber Kollege Schauerte, damit diese, wie ich finde, haltlosen Aussagen bald der Vergangenheit angehören.

Dann haben Sie wieder die Diskussion von gestern geführt. Dabei müßten Sie sowohl nach den Aussagen im Haushalts- und Finanzausschuß als auch nach der Diskussion, die wir gestern gehabt haben, wissen, wie die rechtlichen Positionen sind, wie man weitergehen muß.

Sie haben dann von mir Aufklärung verlangt, wie ich denn zu den Mehrausgaben aufgrund

(Minister Schleußer)

(A) der Anträge Ihrer Fraktion komme. Herr Kollege Schauerte, vielleicht sind Sie bereit, mit mir das einmal zu addieren: Herr Doppmeier hat pro Jahr 30 000 zusätzliche Wohnungen gefordert, was einen Aufwand von 3 Milliarden DM ausmacht. Das ist ziemlich einfach zu rechnen. Herr Posdorf hat zusätzlich 1 Milliarde DM für die Hochschulen und 10 000 neue Stellen an den Hochschulen gefordert. Auch das ist einfach zu rechnen, das ergibt nämlich 1,7 Milliarden DM. Dann gab es gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden einen Antrag der Schulpolitiker für den Schulbereich. Auch dieser Antrag hätte Auswirkungen, die zwischen 1,7 und 1,8 Milliarden DM liegen würden.

Allein diese drei Positionen würden Mehrausgaben in einer Größenordnung von 6,5 Milliarden DM bedeuten. Wer in diesem Land mit Geld nicht umgehen kann, braucht zumindest von der CDU nicht dargestellt zu werden; das ist damit belegt.

(Beifall bei der SPD)

Sie kritisieren in der Hauptsache, daß wir ZIM mitfinanzieren, mitfinanzieren wollen. Es ist richtig, daß der Bund eine solche Finanzierung weitgehend abgelehnt hat. Er beteiligt sich insgesamt mit einem Volumen von 400 Millionen DM an den über 2 Milliarden DM.

(B) Nur, wir sagen, das Land Nordrhein-Westfalen ist wie alle anderen Länder frei; wir müssen die Zweckbindung des Strukturhilfegesetzes berücksichtigen - das machen wir hinsichtlich des Mitteleinsatzes - und sehen nur solche ZIM-Projekte vor, die sowohl investiv als auch strukturhilfekonform sind. Ich glaube, daß wir damit nicht nur rechtmäßig handeln, sondern geradezu gezwungen sind, auch so zu handeln.

Sie wissen auch, daß wir aus den guten Erfahrungen, die wir mit dieser "Zukunftsinitiative Montanregionen" gesammelt haben, diese Philosophie auf das Landesinvestitionsprogramm übersetzen wollen.

Es ist 1989 schwierig - das wissen wir - wegen des engen zeitlichen Rahmens, den das Strukturhilfegesetz vorschreibt. Aber Projektlisten, meine Damen und Herren von der F.D.P., sind nun einmal, wenn Entscheidungen von unten kommen sollen, wenn die Gemeinden zu beteiligen sind, nicht so schnell zu finden. Das braucht gewisse Zeit.

(Zuruf der Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.))

Aber wir sind sicher, daß wir die gleichen Erfahrungen machen werden, wie wir sie bei

der "Zukunftsinitiative Montanregionen" gemacht haben, daß auch da ein Anstoß aus dem ganzen Land kommt. (C)

Völlig unverständlich ist die Position der CDU. Da wird zunächst einmal die Forderung erhoben, das Strukturhilfegesetz auf das gesamte Land auszudehnen. Wir tun das mit dem Landesinvestitionsprogramm im Einzelplan 08. Und was macht die CDU? Sie lehnt es ab!

(Trinius (SPD): So ist das!)

Viel Diskussion hat es darum gegeben, ob denn Bauunterhaltungsmaßnahmen, Sanierungsmaßnahmen in diesen Nachtrag gehören. Wir haben dabei nicht gespürt, daß Sie berücksichtigt haben, was die SPD-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuß in der Zwischenzeit vollzogen hat, daß gerade im Hochschulbereich umgeschichtet worden ist, umverteilt worden ist und daß jetzt nur noch Baumaßnahmen enthalten sind, die einen umweltschutzfördernden und damit strukturverbessernden Effekt haben.

Aber selbst wenn das alles nicht so wäre, ist erkennbar, wie Sie Prioritäten setzen. Sie haben dreiviertel Ihrer Rede in der zweiten Lesung und heute fast auch wieder mit einem Volumen von ungefähr 3 % gefüllt. 75 % Rede über 3 % des Volumens! Und daran ist erkennbar, wie Ihre Prioritäten sind und wie Sie Prioritäten setzen. Mir tut es leid, das sagen zu müssen. (D)

Geradezu absurd wird diese Diskussion aber dann, Herr Kollege Schauerte, wenn es Anlaß sein soll, über diese 3 % von der Entschuldung des Landes zu reden, daß wir mit der Strukturhilfe das Land entschulden sollten. Ich sage, hier wird Geschichtsklitterung vorbereitet. Es ist wie immer bei Ihnen: Sie reden erst einmal in einem Jahr davon, zitieren sich ein Jahr später und meinen, das sei eine besondere Form der Wahrheitsfindung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das ist ziemlich unkorrekt, so vorzugehen.

Ich kann nur noch einmal wiederholen - und das zum letzten Mal -: 756 Millionen DM ist das Volumen; 756 Millionen DM stehen in den Ausgaben. Das wird nicht nur im Jahr 1989 so sein, das wird auch in den Folgejahren so sein. Und Sie werden feststellen, daß die Landesregierung gemeinsam mit der Mehrheitsfraktion damit auf einem guten Weg ist.

Wenn ich mir die Ergebnisse ansehe, die Anträge, die gekommen sind, dann sieht man

(Minister Schleißer)

- (A) ja, daß man nicht weit auseinander ist, daß gewisse quantitative Gewichtungen anders liegen; aber ich glaube, wenn man sich da auch ein wenig mehr bewegt hätte, Frau Kollegin, wäre ein noch weiteres Aufeinanderzugehen möglich gewesen.

(Dautzenberg (CDU): Warum verhalten Sie sich denn so?)

Sie haben gesagt, Sie können davon ausgehen, daß diese Grundlage zumindest für drei Haushaltsjahre gegeben ist. Wir gehen ebenfalls davon aus, daß die Verfassungsklage so lange Zeit braucht. Wir können ja nach den Erfahrungen des Jahres 1989 überlegen, ob man nicht gewisse Schwerpunkte anders setzt. Wir haben uns zumindest durch den § 6 die Möglichkeit offengehalten, und wir wollen ihn nutzen, wenn sich im Verlauf des Verfahrens herausstellen sollte, daß man ihn nutzen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

(Zurufe von der SPD: Muß das sein?)

Schauerte^{*} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, wenn Sie hier meinen, uns in dieser Weise Milliarden Mehrausgaben nachweisen zu können, wie Sie das gerade getan haben, dann spricht das nun wirklich nicht für Ihre Seriosität.

(B)

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

- Hören Sie mal zu, vielleicht sind Sie dann genauso unseriös. - Die Zahlen des Herrn Posdorf, die ein Mehrjahresprogramm beinhalten, betrachten Sie als Einjahresprogramm; die Zahlen des Herrn Doppmeier, die ein Mehrjahresprogramm und die Bundeszuschüsse beinhalten, betrachten Sie als eine einfache Zahl, addieren das lustig, panaschieren das alles und sagen: Das sind die Milliarden, die wir pro Jahr auf den Haushalt draufpacken wollten.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Das kann man ja als Oppositionspolitiker einmal sagen, weil man keine Hilfe bekommt, wenn man so etwas zusammenstellt. Aber als Chef einer Riesenbehörde, als Finanzminister, sollten Sie so eine schlampige Arbeit nicht durchgehen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die zweite Bemerkung! Die Zuweisungen des Bundes in diesem Jahr erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1,1 Milliarden DM und damit um mehr als 25 %. Noch nie in der Geschichte dieses Landes hat eine Bundesregierung so viel für die Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen getan wie diese Bundesregierung.

(C)

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Ich sage es noch einmal: 25 % mehr als im Haushalt 1988 und allemal mehr als in der Regierungszeit Helmut Schmidt, auf die Sie ja immer noch so gern verweisen.

(Beifall bei der CDU - Eichhorn (SPD): Ach, hör doch auf! - Zuruf des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

In den letzten drei Jahren der Regierungszeit Helmut Schmidt - Herr Farthmann, Sie spreche ich nachher auch noch an, aber diesen Punkt zuvor -

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

sank der Bundeszuschuß an das Land Nordrhein-Westfalen jedes Jahr um mehr als Hunderte von Millionen DM. In den letzten drei Jahren! Und in den Jahren der Regierung Helmut Kohl steigen die Bundeszuschüsse an dieses Land von Jahr zu Jahr. Darauf sind wir stolz, und dafür sind wir Helmut Kohl und Norbert Blüm dankbar.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD) (D)

Herr Schumacher, ich halte ja wirklich eine ganze Menge von Ihnen. Ich schätze Sie als Kollegen. Ich habe Sie in früheren Debatten als sehr intelligenten, nachdenklichen und pfiffigen Mann kennen- und schätzengelernet.

(Unruhe bei der SPD)

- Nein, das meine ich ehrlich so. Er ist wirklich ein angenehmer Kollege, oder seid ihr anderer Meinung? Wenn ihr anderer Meinung seid, o.k., aber ich schätze ihn so, wie ich es hier sage.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Schumacher, daß Sie bei dieser Frage drei Argumente vortragen, die vorne und hinten nicht stimmen, das hätte ich von Ihnen nicht gedacht! Das muß ich Ihnen ehrlich sagen und will es Ihnen schnell vorführen: Sie haben gesagt, Sie müßten nun Vorsorge für das zu erwartende schlechte Steuerjahr 1990 treffen.

(Schauerte (CDU))

- (A) Als die mittelfristige Finanzplanung und der Haushalt 1989 auf den Weg gebracht wurden, rechneten Sie bereits mit schlechten Steuereinnahmen wegen der Steuerreform für 1990. Da haben Sie keine Vorsorge getroffen. Jetzt kommt die neue Steuerschätzung im November, wonach wir im Jahre 1990 rund 900 Millionen DM mehr an Steuern einnehmen, als Sie für den Haushalt des Jahres 1989 geplant haben.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Das haben Sie mir geschrieben. Sie haben mir geschrieben: "Der Basiseffekt des Jahres 1989 rechnet sich für die Zukunft bis einschließlich 1990 fort." Das sind die 900 Millionen DM. Jetzt haben sie 900 Millionen DM mehr als bei der Verabschiedung des Haushalts, und jetzt müssen Sie Vorsorge treffen. Die Situation hat ich verbessert, aber die Gefahr ist größer geworden.

(Zustimmung und Heiterkeit bei der CDU)

Herr Schumacher, das müssen Sie einmal jemandem klarmachen. Dann tragen Sie vor, die Verfassungsgrenze sei zu beachten. Das ist ein wichtiges Argument, nur die Fakten, Herr Schumacher, stimmen an dem Punkt aus zwei Gründen überhaupt nicht mehr.

- (B) Erstens: Wir sind aufgrund der günstigen Steuereinnahmen so weit weg von der Verfassungsgrenze, daß 300 Millionen DM überhaupt kein Punkt sind. Wir sind ja in der mittelfristigen Finanzplanung weit über 1,5 Milliarden DM von dieser Verfassungsgrenze - Gott sei Dank - weg. Insoweit ist das ein herangezogenes Argument.

(Zustimmung bei der CDU)

Zweitens: Wenn wir 756 Millionen DM neue Investitionsmittel in den Haushalt einführen, vergrößert das alleine um 756 Millionen DM den Spielraum, den uns die Verfassung gibt. Da brauchen Sie nicht noch 300 Millionen DM auf der anderen Seite hinzuzutun. Das ist also ein an den Haaren herbeigezogenes Argument, das wir so nicht gelten lassen können.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Dann haben Sie etwas zum Grundstücksfonds gesagt. Der gemeinsame Entschließungsantrag der drei Fraktionen, auf den wir großen Wert legen und von dem wir uns kein Jota entfernen, gibt eindeutig zu erkennen - sehen Sie sich die Begründungspunkte 5, 6, 7, 8 und 9 des Antrags an -, daß die absolute

- (C) Knappheit bei den Grundstücken liegt, die wir haben, aber nicht nutzbar machen können, weil die kontaminiert und belastet sind. Das ist der Engpaß in der Grundstücks- und Gewerbepolitik des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

Für diesen Engpaß, den wir alle miteinander so sehen - ich verstehe Herrn Matthiesen immer noch nicht, daß er den Ball nicht aufgreift und sich endlich zur Verbesserung des Flächenrecyclings durchsetzt -, geben wir mehr als 90 Millionen DM mehr in unseren Anträgen aus, als die SPD vorsieht. Dann halten Sie uns vor, wir wollten 40 Millionen DM für den Ankauf von Grünland für Gewerbeansiedlungen nicht ausgeben. Der Engpaß muß bekämpft werden, damit die Industriepolitik im Lande Nordrhein-Westfalen vorankommt.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann haben Sie auch etwas zu Herrn Blüm gesagt, Herr Schumacher. Sie könnten verstehen, daß er so zögert. Wissen Sie, wenn ich mich daran erinnere, wie lange der Herr Rau herumgeeiert hat, bis er nun wußte, ob er Bundeskanzlerkandidat werden wollte oder nicht, dann ist der Norbert Blüm ein absolut schneidiger Mann in der Beurteilung dieser Frage.

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD: Zugabe!)

(D) Wissen Sie, was mich an dem Feld wirklich interessiert - andere Ministerpräsidenten erklären es ja -?

(Frey (SPD): Fahnenflucht!)

Mich interessiert, ob der Rau überhaupt wieder antritt.

(Allgemeine Heiterkeit - Zuruf von der SPD: Da werden Sie noch Ihr schwarzes Wunder erleben!)

- Ja, wenn ich sehe, daß er diese drei Tage praktisch völlig gefehlt hat, dann kann das doch kein großes Interesse sein. Er glänzt doch am laufenden Band durch Abwesenheit.

(Minister Schwier: Aber er glänzt wenigstens!)

- Natürlich glänzt er.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Frau Präsidentin)

(Schauerte (CDU))

- (A) Der Herr Schwier sagt gerade, er würde glänzen - das wäre ja schon etwas. Das zeigt, wie er wirklich zutiefst innerlich denkt. Für die Opposition ist das also eine sehr spannende Frage: Ist der Ministerpräsident überhaupt bereit, erneut für das Amt des Ministerpräsidenten anzutreten?

(Schultz (SPD): Ein richtig ungezogener Junge! - Zurufe von allen Seiten - Glocke des Präsidenten)

- Ja, Leute! Es ist wirklich interessant. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß seine Frau zum Beispiel eine völlig andere Meinung darüber hat als der Herr Schnoor. Denn Herrn Schnoor hat er ja nun wirklich so weit aus der Patsche geholfen, wie man es kaum glauben konnte. Deswegen ist der natürlich besonders daran interessiert, daß er weitermacht.

(Heiterkeit bei der CDU - Allgemeine Unruhe)

Aber es gibt Leute, die das anders sehen.

Jetzt komme ich zum Schluß,

(Bravo! bei der SPD)

und zwar zu dem Schluß, den auch Herr Schumacher hier eingeführt hat: Er hat ja hier einige nachdenkswerte Dinge zur Problematik des heraufziehenden Republikanertums gesagt. Ich will das in großer Nachdenklichkeit aufgreifen.

(B)

(Zuruf von der SPD: Besser als Herr Wagner!)

Herr Farthmann hat gesagt, das sei ein normaler Prozentsatz - 10 oder 12 % -, darüber sollte man sich nicht aufregen.

(Aigner (SPD): Sie landen auch bei 10 oder 12 %, wenn Sie so weitermachen!)

Ob Herr Wagner viel anderes als Herr Farthmann in dieser Frage gesagt hat oder nicht, weiß ich gar nicht. Herr Aigner, ich halte das, was Herr Wagner gesagt hat, für falsch.

Aber, Herr Aigner, hören Sie einmal zu! Sie sollten als Sozialdemokraten einmal über folgendes nachdenken:

(Rohe (SPD): Das braucht ihr uns nicht zu sagen, denkt selber nach! - Zuruf des Abg. Dr. Dammeyer (SPD) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ja, Sie können ruhig noch ein wenig weiter babbeln, das ist gar kein Thema. (C)

Hören Sie sich einmal dieses Gebabbel an; Ihre Leute hören ja nicht einmal zu.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Die Sozialdemokraten dieses Landes haben zu einem völlig unnötigen Zeitpunkt - und weil sie selbst Angst hatten, das für 1990 durchzusetzen - für 1994 das Ausländerwahlrecht beschlossen. Denken Sie einmal genau darüber nach, ob solche Beschlüsse zur Unzeit nicht geradezu auch solche, wie ich finde, sehr schlimmen und sehr schädlichen Reaktionen in bestimmten Kreisen unserer Bürger provozieren.

(Frey (SPD): Wann ist denn die richtige Zeit?)

Wenn wir heute, wie Herr Farthmann, von 10 oder 12 % möglichen Republikanern in Nordrhein-Westfalen sprechen, dann hängt das auch damit zusammen, daß die Sozialdemokraten zur absoluten Unzeit solche Beschlüsse fassen. Sie tragen also da ein Stück Verantwortung mit.

Wir sollten uns nicht wechselseitig danach fragen, wo was herkommt, sondern wir sollten unsere Kraft auf die Frage konzentrieren: Wie können wir verhindern, daß Republikaner mehr als 5 % der Stimmen im Lande Nordrhein-Westfalen bekommen? Das ist unsere gemeinsame Verantwortung, der wir gerecht werden müssen! (D)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Schultz (SPD): Sie werden dieser Verantwortung nicht gerecht!)

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, Herr Schultz, müssen wir auch Wege miteinander diskutieren können, die wir uns nicht gegenseitig anschließend polemisch vorwerfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir können doch die Ränder nicht aufnehmen, wenn demjenigen, der sich um die Ränder kümmert, anschließend gleich ein Vorwurf gemacht wird, er rücke nach rechts oder nach links ab. Wenn wir das ernst nehmen, müssen wir als große Parteien die Integrationskraft aufbringen.

(Schultz (SPD): Das zeigen Sie, wie man das macht!)

(Schauerte (CDU))

- (A) - Sie, Herr Schultz, müssen sich um den linken Rand, und wir müssen uns um das kümmern, was sich bei den Republikanern tut, damit diese Leute nicht in die Irre geschickt werden. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, Herr Schumacher, wir denken über diese Frage gemeinsam in der gleichen Richtung. Wenn das einige Hitzköpfe bei Ihnen in der Partei und in der Fraktion nicht so sehen, dann warten Sie einmal ab: Wenn die ans Nachdenken kommen, wird ihnen das auch noch klar werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4195 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag Drucksache 10/4195 ist abgelehnt.

- (B) Wir stimmen über den Gesetzentwurf ab. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4129 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Verfassungsgerichtliches Verfahren

Antrag der Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf Feststellung der Vereinbarkeit des § 12 Abs. 2 a Satz 1 der Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) mit dem Grundgesetz
2 BvF 3/88

Vorlage 10/2032
Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses
Drucksache 10/4162

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Wir können die Beratung schließen.

(C) Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 10/4162 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist damit angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Beschlüsse zu Petitionen - Übersicht 38 -

Mit der genannten Übersicht liegen Ihnen die Beschlüsse zu Petitionen vor. Wird das Wort erbeten? - Offensichtlich nicht. Dann stelle ich gemäß § 100 Absatz 6 der Geschäftsordnung fest, daß die Beschlüsse zu Petitionen durch Ihre Kenntnisnahme bestätigt sind.

Meine Damen und Herren, wir haben damit das Ende der heutigen Sitzung erreicht. Die nächsten Sitzungen finden nach unserem Zeitplan am 26., 27. und 28. April 1989 statt.

Ich wünsche Ihnen für die Osterferien viel Erholung, vor allen Dingen ein gutes Osterfest. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

Schluß: 12.57 Uhr

*) Vom Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

(D) Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner.

Ausgegeben: 05. April 1989

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 8842439, zu beziehen.